PB.L-01-138-3

Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in:	Karoline Otte (KV Northeim/Einbeck)
Status:	Zurückgezogen

Änderungsantrag zu PB.L-01

Von Zeile 137 bis 138 einfügen:
und Experimentierräume fördern, in denen Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen gemeinsam an Lösungen für Herausforderungen vor Ort arbeiten und forschen.

Kommune macht Klimaschutz

Kommunen kommt eine zentrale Rolle zu, wenn wir den 1,5-Grad-Pfad erreichen wollen. In den Städten und Gemeinden findet der unmittelbarste Kontakt zwischen Politik und Bürger*innen statt. Die Kommune sollte dieses Potenzial nutzen, um ihre Bürger*innen auf dem Weg der Klimawende mitzunehmen.

Kommunen gestalten über ihre Bebauungs- und Flächennutzungspläne im Detail, wie und was vor Ort gebaut wird. Wir werden die rechtlichen Grundlagen schaffen, damit Klimaschutz in der gesamten Bauleitplanung, vom Flächennutzungs- bis zum Bebauungsplan, ins Zentrum rückt. Kommunen schaffen vor Ort die Energiewende. Sie räumen vor Ort Flächen für erneuerbare Energien ein und müssen dafür finanziell vom erzeugten Strom profitieren können. Um die Energiewende substanziell voranzubringen, können Kommunen sich selbst als Stromproduzenten an der Energiewende beteiligen. Dies wollen wir massiv fördern, um eine 100% erneuerbare Energiepolitik mit hoher Bürger*inennbeteiligung leisten zu können.

Den öffentlichen Personennahverkehr und die Fahrradinfrastruktur können Kommunen attraktiver, innovativer und alltagstauglicher verknüpfen und ausbauen. Kommunen brauchen mehr Spielraum in der Verkehrsplanung, wenn es darum geht, Klimaschutz vor Ort umzusetzen. Dafür muss auch der Planungsaufwand stark reduziert werden und unbürokratische Lösungen, wie die flexible Errichtung von Pop-up-Radwegen gesetzlich abgesichert werden. Insgesamt müssen Förderprogramme für kommunalen Klimaschutz einfacher zugänglich gemacht und nachhaltiger aufgestellt werden.

Auch Verkehr zu vermeiden ist kommunale Aufgabe. Passgenaue Lösungen für mehr Dezentralität vor Ort können nur in den Kommunen entstehen. Der öffentliche Dienst und vor allem auch die kommunalen Verwaltungen sind die größten Arbeitgeber:innen in Deutschland. Für viele Verwaltungsmitarbeiter*innen könnte Homeoffice schnell umgesetzt werden. Dafür ist es wichtig, dass die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung zügig umgesetzt wird, vor Ort braucht es hier mehr personelle und finanzielle Mittel.

Wir stärken die kommunale Selbstverwaltung auch an weiteren Stellen gesetzgeberisch und wollen beispielsweise eine Reform des Bergrechts, die es Kommunen ermöglicht, mehr Einfluss auf den Schutz ihrer Bodenschätze auszuüben.

weitere Antragsteller*innen

Anna Sophie Emmendörffer (KV Potsdam-Mittelmark); Konstantin Mallach (KV Göttingen); Lorenz Berger (KV Göttingen); Patrick Haermeyer (KV Mannheim); Svenja Appuhn (Hannover RV); Felix Hötker (KV Göttingen); Maximilian Koch (KV Northeim/Einbeck); Anna Charlotte Müller-Vahl (Hannover RV); Gerrit Alino Prange (KV Potsdam); Stefan Brandes (KV Oder-Spree); Paul-Philipp Neumann (KV Oberspreewald-Lausitz); Annkatrin Esser (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Erdmute Scheufele (KV Oder-Spree); Florian Winkler (KV Uckermark); Karin Wegmann (KV Teltow-Fläming); Martina Heyden (KV Potsdam-Mittelmark); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Steffen Blunk (KV Märkisch-Oderland); Bernd Saliter (KV Oder-Spree); Michael Fritzsch (KV Teltow-Fläming); Mathias Hasselmann (KV Barnim); Susanna Sandvoss (KV Dahme-Spreewald); Andrea Lübcke (KV Dahme-Spreewald); Julian Schlumberger (KV Göttingen); Andreas Rieger (KV Dresden); Sebastian Lederer (KV Konstanz); Julian Mensak (Hannover RV); Hauke Köhn (Hannover RV); Ingrid Hüchtker (KV Oberhavel); Lars Radzymski (KV Teltow-Fläming); Heribert Heyden (KV Potsdam-Mittelmark)